

Berlin, Frankfurt, Köln
September 2006

Voraussetzungen erfolgreicher Hochschulpolitik

Eine Antwort auf die Einwürfe der Roten Hochschulgruppe Chemnitz und der DIE LINKE. Hochschulgruppe Hannover als Beitrag zur gegenwärtigen Debatte um die Hochschulstrukturen der neuen Linken.

Von Mankel Brinkmann, Klaus Henning, Ruben Lehnert, Kolja Möller, Fanny Zeise

Vorbemerkung

Beide im Untertitel benannten Einwürfe beziehen sich auf den Text „Für einen handlungsfähigen Hochschulverband der Linken“. Dieses Anfang Juli 2006 verfasste Plädoyer für einen Hochschulverband der neuen Partei bildete den Ausgangspunkt der anschließenden Diskussionen. Wir begrüßen es, dass diese Debatten geführt werden. Das Ringen um politische Strukturen ist immer auch ein Ringen um Demokratieverständnisse und Partizipationsmöglichkeiten. Es ist deshalb genuin politisch.

Mit diesem Beitrag wollen wir unsere Positionen genauer darlegen und auf einzelne Kritikpunkte eingehen sowie offensichtliche Missverständnisse ausräumen. Dabei wollen wir herausstellen, wo Gemeinsamkeiten bestehen, wo Positionen nur leicht voneinander abweichen - und wo es tatsächlich Differenzen gibt.

Das Wichtigste vorweg: Für uns sind arbeitsfähige Verbandstrukturen nicht das Ziel unserer politischen Arbeit. Sie sind lediglich notwendige Voraussetzung, um gemeinsame politische Ziele zu erreichen.

Zustand und Potential der Linken an den Hochschulen

Mark Schäfer schreibt im Papier der Hochschulgruppe Hannover eingangs: „Immer wieder wird in Papieren und Diskussionen in den Raum gestellt, dass die „Neue Linke“ einen starken Jugendverband und einen eigenständigen Hochschulverband braucht. Warum das in der Natur der Sache liegt, bleibt dabei unbeantwortet“. Nun geht es uns nicht „um die Natur der Sache“. Nachstehende Gründe legen noch einmal dar, warum aus unserer Sicht ein Hochschulverband nicht natürlich, jedoch politisch sinnvoll ist und was wir unter diesem Begriff verstehen.

Wir leiten die Notwendigkeit eines linken Hochschulverbandes aus der Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse an den Hochschulen ab. „Der neoliberale Umbau der Hochschulen schreitet voran. (...) Der marktradikalen Unterwerfung von Lernenden und Lehrenden in ihrer großen Mehrheit heute geht einher mit dem Abbau von bescheidenen Mitbestimmungsrechten, mit der dramatischen Verschlechterung von Studienbedingungen und mit der Verschärfung der sozialen Auslese unter anderem durch die Einführung von Studiengebühren, weitgehende Absenkung der

Bafögempfängerzahlen und die geplante Senkung der Kindergeldanspruchsgrenze von 27 auf 25 Jahre.“ Hinzu kommt, dass „[d]ie Defensive der Linken bei wichtigen hochschulpolitischen Themen [einher] geht mit einer Schwäche linker Strukturen an den Hochschulen.“ Diese strukturelle Schwäche resultiert unseres Erachtens aus der veränderten Lebenssituation der Studierenden und dem Rückgang linker Lehre an den Universitäten.

Diese beiden zentralen Elemente unserer Analyse werden nicht in Frage gestellt. Wir nehmen also an, dass wir hinsichtlich der Analyse der gegenwärtigen Situation an Universitäten und Hochschulen einen breiten Fundus an Gemeinsamkeiten haben.

Unterschiede gibt es offensichtlich in Bezug auf die strukturellen und politischen Schlussfolgerungen dieser Analyse. Bevor wir auf einige Punkte – Vor- und Nachteile von Netzwerken, Verhältnis zum fzs, Verhältnis zwischen Jugend- und Hochschulverband - eingehen und unserer Sicht der Dinge darlegen, möchten wir noch einmal die zentralen Vorteile eines bundesweit handlungsfähigen Hochschulverbandes anführen.

Für einen bundesweit handlungsfähigen Hochschulverband der Linken

Wir sind der Auffassung, dass es ein linkes Potential an Hochschulen gibt, welches bisher nicht erschlossen wird. Unser Ziel ist es, dieses Potential zu erreichen und zu organisieren, um die „Verhältnisse zum Tanzen zu bringen“ - vor Ort und in der ganzen Bundesrepublik. Ein bundesweit handlungsfähiger Hochschulverband ist ein Mittel dazu. Er ist nicht Selbstzweck.

Wir begreifen Hochschulen als Lebensumfeld der Studierenden und ziehen daraus den Schluss, dass der Organisation von Studierenden deshalb eine besondere Aufgabe zufällt. Denn es liegt nahe, dort gemeinsam politisch aktiv zu werden, wo ein Großteil des Lebens und der Kommunikation mit anderen Menschen stattfindet. Zu der örtlichen Gebundenheit treten gemeinsame Erfahrungen, die sich aus dem Status von Studierenden und deren Erfahrungen in Studium und Lehre ergeben.

Ein Ausdruck dieser gemeinsamen Betroffenheit ist die Verfasste Studierendenschaft. Mit dem Ziel, auf diese kollektiv Einfluss zu nehmen, haben Studierende die (bei weitem nicht ausreichende) Beteiligung an den Universitätsgremien und die Selbstorganisation in den Verfassten Studierendenschaften erkämpft.

Wir wollen klare, transparente und demokratische Strukturen in der Satzung verbrieft, um eine möglichst breite Beteiligung aller Mitglieder des Hochschulverbandes zu ermöglichen.

Wir wollen eindeutig geregelte Mitgliedsrechte und -pflichten. Deshalb ist es notwendig, diese statuarisch zu definieren. Ihre Definition sollte allerdings so unbürokratisch und offen wie möglich gehandhabt werden. Zu der Festschreibung von Mitgliedsrechten gehören u. a. das Recht auf Teilnahme an demokratischen Wahlen und Abstimmungsmodalitäten. Geregelte Abstimmungen gewährleisten, dass Mitglieder, die ihre Position weniger wortgewaltig äußern, gleichberechtigt an

Entscheidungen beteiligt sind. Zu den Mitgliedspflichten gehört die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen. Um eine stärkere Verbindlichkeit zu schaffen, scheint uns ein Mitgliedsbeitrag ebenfalls ein sinnvolles Mittel zu sein.

Neben der Individualmitgliedschaft schlagen wir für Wahlverfahren ein gestaffeltes Delegiertenmodell vor. Je nach Anzahl der Mitglieder in einer Hochschulgruppe sollten Delegierte auf Delegiertentreffen wahlberechtigt sein. Dieses Verfahren gewährleistet, dass möglichst viele Mitglieder an den Diskussion und Entscheidungen des Verbandes teilhaben und die Hochschulgruppen als zentrale Akteure und Ort von Abstimmung und Diskussion gestärkt werden. Die wichtigen Themen der Delegiertentreffen können in den Gruppen vordiskutiert und die Ergebnisse und Positionen der Gruppenmitglieder können von den Delegierten auf Bundesebene eingebracht werden. Die Staffelung der Delegierten sichert, dass Hochschulgruppen mit vielen Mitgliedern auch mehr Einfluss auf die Entscheidungen des Verbands haben als Gruppen mit weniger Mitgliedern.

Gleichzeitig scheint es uns sinnvoll, Einzelmitgliedern, an deren Hochschule keine Gruppe existiert, ein Stimmrecht auf den Delegiertentreffen einzuräumen. Es würde Menschen ermutigen, politisch aktiv zu werden, und gewährleistet Einflussmöglichkeiten (und die Zahlung von Fahrtkosten) auch vor Gründung einer Hochschulgruppe. Im Fall mehrerer Mitglieder an einer Hochschule müssten diese auf einer Mitgliederversammlung Delegierte für die Delegiertenversammlung des Hochschulverbandes wählen. Die Individualmitgliedschaft sichert unseres Erachtens die Offenheit der Strukturen und umgeht umständliche Anerkennungsverfahren über die Mitgliedschaft einzelner Hochschulgruppen im Hochschulverband. Sie ermöglicht zudem, dass Einzelmitglieder des Hochschulverbandes, die an der Hochschule in Bündnissen oder politisch ungebundenen Fachschaftsgruppen arbeiten, Delegierte entsenden.

Wir sind der Auffassung, dass der Hochschulverband eines politisch, organisatorisch und finanziell arbeitsfähigen Vorstands bedarf. Dieser sollten von den Delegiertenversammlungen gewählt und ihnen gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet sein. Sein Fokus sollte darauf liegen, die Entscheidungen der Delegiertenversammlungen umzusetzen und die politischen, organisatorischen und finanziellen Geschäfte des Verbands zu führen.

Wir treten dafür ein, dass die Mitgliedschaft im Hochschulverband nicht zwangsläufig zur Mitgliedschaft in der Partei führt. Aber wir beziehen uns positiv auf die Partei und wollen auch in die Partei hinein wirken. Dieses Prinzip gewährleistet die Partizipation von Menschen, die Parteien aus prinzipiellen Erwägungen heraus indifferent oder kritisch eingestellt sind. Zugleich sorgt ein klares Verhältnis zur Partei für wünschenswerte Transparenz.

Weiterhin erforderlich für einen arbeitsfähigen Hochschulverband erscheinen und folgende Anforderungen:

- Eine Satzung, in denen demokratischen Strukturen und Verfahren des Verbandes festgeschrieben sind. Dazu gehören insbesondere Regelungen zur Mitgliedschaft und zu den Abstimmungs- und Wahlverfahren.
- Mehrere regelmäßige Beschlussfassende Delegiertentreffen im Jahr

- Einen politischen Vorstand mit Vertretungsrecht und Bindung an Beschlüsse der Delegiertenversammlungen.
- Eine gewählte Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer, der hauptamtlich beschäftigt ist
- Ausreichende finanzielle Mittel und Büroräume
- Weitestgehende finanzielle und inhaltliche Unabhängigkeit
- Das Recht, VertreterInnen in den Parteivorstand und gegebenenfalls in den Jugendverbandsvorstand zu entsenden
- Antrags und Rederecht auf Parteitag- sowie das Recht eigene Delegierte zu entsenden

Hochschulverband und Hochschulgruppennetzwerk

Ein Argument gegen einen Hochschulverband der Linken bezieht sich direkt auf die von uns vorgeschlagenen Strukturen. Es besagt, ein Hochschulverband sei nicht erstrebenswert, denn die Interessen und Bedürfnisse der Studierenden und ihrer Hochschulgruppen könnten besser in einem Netzwerk vertreten und befriedigt werden.

Diese Einschätzung teilen wir nicht. Eingangs erwähnten wir die Vorteile demokratischer, intersubjektiv nachvollziehbarer Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder.

Netzwerke hingegen zeichnen sich vor allem durch ein hohes Maß an Informalität aus. Sie sind gekennzeichnet durch „Insider“, die über privilegierten Zugang zu Informationen und finanziellen Mittel verfügen, und „Outsidern“, die diese Vorteile nicht besitzen. Ob des ungleichen Informationszugangs befördern sie intransparente Absprachen. Kontrolle der politischen Führung und das Einfordern von Rechenschaft werden erschwert. Sie befördern (informelle) Machtakkumulation und gefährden dadurch die Arbeitsfähigkeit der Organisation. Menschen, die sich in Netzwerken politisch betätigt haben, stellen oft fest, dass es stets dieselben Meinungsführenden sind, die sich in bei Entscheidungen durchsetzen. Hinzu kommt, dass in Netzwerken Entscheidungen oftmals von Ort und Zeit und den dann mehr oder minder zufällig anwesenden Personen abhängig sind. Sie privilegieren Menschen, die Woche für Woche Zeit aufbringen, weil sie keinen Nebenjob oder weniger soziale Verpflichtungen haben, an Diskussionen, Sitzungen und Abstimmungen teilzunehmen. Im Falle von Netzwerken könnte zugespitzt vom „Terror der Strukturlosigkeit“ gesprochen werden.

Wir sind der Auffassung, dass eine netzwerkartige Struktur deshalb demokratietheoretisch problematisch und für eine politische Organisation letztlich ineffizient ist. Menschen können für politische Aktivitäten nur gewonnen werden, wenn ihnen Möglichkeit eingeräumt werden, die Inhalte und Formen dieser Aktivitäten beeinflussen zu können. Repräsentativität und Delegation von Verantwortlichkeiten sind Mittel, dieses Ziel zu verwirklichen. Delegation von Verantwortlichkeiten ist jedoch ohne fixierte Möglichkeiten der Kontrolle durch die Delegierenden sowie die Verpflichtung zur Rechenschaft des Delegierten nicht vorstellbar.

Unabhängig von den Strukturfragen des Hochschulverbandes, sollte das Konstrukt der teilweise gemeinsamen Sitzungen im Rahmen der BAG Wissenschaft erhalten bleiben. Dieses bietet einen guten und sinnvollen Austausch zwischen aktiven Studierenden und MandatsträgerInnen und MitarbeiterInnen.

Hochschulverband und fzs

Eine weiteres Argument gegen einen Hochschulverband der Linken besagt, die Frage nach einem eigenen Hochschulverband der Partei stelle sich nicht, solange es der Linken nicht gelingt, sich in bestehenden Strukturen - hier: im *freien Zusammenschluss der studentInnenschaften* (fzs) - Gehör zu verschaffen. Statt Parallelstrukturen aufzubauen, solle man sich verstärkt in bestehende Strukturen einbringen.

Das klingt, als handele es sich um eine Entweder-Oder-Position: Entweder eigene Strukturen oder Einfluss in bundesweiten Bündnissen. Diese Position teilen wir nicht. Tatsächlich bedingen sich beide Sachverhalte: Eine bundesweit handlungsfähige Struktur ist eine notwendige, wenngleich noch keine hinreichende Voraussetzung, um beispielsweise im fzs Einfluss auszuüben.

Uns geht es nicht um die Gründung eines neuen fzs. Der fzs ist ein bundesweiter Dachverband der Verfassten Studierendenschaften. Dieser ist politisch nicht festgelegt, weil seine Mitglieder, die Asten und StuRas, mit wechselnden Mehrheiten besetzt sind.

Uns geht es vielmehr darum, einen bundesweiten Hochschulverband mit einer politischen Ausrichtung zu gründen. Wir müssen dafür kämpfen, dass der fzs mehrheitlich links besetzt ist und sich als starker bundesweiter Dachverband mit linken politischen Positionen und Forderungen Gehör verschafft. Linke Hochschulpolitik vor Ort sollte sich unserem Erachten nach auf zweierlei Weise ausdrücken: einerseits mittels politischer Aktivitäten, die sich nicht unmittelbar auf die Verfassten Studierendenschaft beziehen, etwa Veranstaltungen, Mitarbeit in den Hochschulgremien, Diskussionskreise, Infostände und vieles andere mehr; andererseits sollte es Ziel sein, linke Positionen in der Verfassten Studierendenschaft zu verankern. Ein bundesweiter Verband, in dem die Hochschulgruppen der Linken organisiert sind, trägt dazu bei, die Position der einzelnen Hochschulgruppen vor Ort zu stärken und sie bei ihrer Verankerung in Studierendenparlamenten und Verfassten Studierendenschaften zu unterstützen. Wir können uns aber nicht nur im fzs agieren. Denn der größere Teil linker Hochschulgruppen befindet sich an den Hochschulen (noch?) in der Opposition und haben daher keine Stimme im fzs. In einem Hochschulverband der LINKEN sind dagegen alle Gruppen bundesweit organisiert und haben damit die Chance an Informationsaustausch und bundesweiten Aktionen teilzunehmen auch wenn sie nicht in der Verfassten Studierendenschaft vertreten sind.

Die unterschiedlichen Strukturen der Verfassten Studierendenschaft in den Bundesländern stehen einer Stärkung der Hochschulgruppen durch bundesweite Strukturen nicht entgegen. Ein bundesweiter Hochschulverband muss gemeinsame Strategien entwickeln wie eine Stärkung linker Politik in den Asten und StuRas und

spezifische Probleme angegangen werden könnten. Die von uns vorgeschlagene Individualmitgliedschaft könnte ein Versuch sein, den Strukturen, auf denen die StuRas - vor allem in den neuen Bundesländern – aufbauen, gerecht zu werden. Mitgliedern des Hochschulverbandes, die in gemeinsam mit Nicht-Mitgliedern in Fachschaftsgruppen organisiert sind, könnte dadurch die Mitarbeit im Hochschulverband und die Partizipation auf der Bundesebene erleichtert werden. Ein erster, konsensfähiger Schritt wäre zudem, sich auf Bundesebene für die Verankerung der Verfassten Studierendenschaft in Bayern und Baden-Württemberg einzusetzen.

Zwischen eigenen Strukturen und einem stärkeren Einfluss im fzs gibt es keinen Widerspruch. Beide Ansprüche befruchten sich wechselseitig und dies ist auch absolut sinnvoll. Im Hochschulgruppenverband werden Positionen entwickelt, die in den Dachverband getragen werden, wodurch dieser wiederum neue Impulse bekommt. In diesem Sinne stimmen wir Mark Schäfer zu, wenn er schreibt: „Natürlich sind sie (die Positionen des fzs) oft nicht in unserem Sinne gefärbt (...).Hier müssen wir aus der Einzelkämpferposition herausfinden und uns organisiert in die Diskussion einbringen“.

Ein bundesweit handlungsfähiger Hochschulverband der Linken ist hierzu eine notwendige Voraussetzung.

Hochschulverband und lokale Hochschulgruppen

Ein weiterer Einwand gegen einen Hochschulverband der Linken besteht weniger aus einem Argument, denn aus einer Befürchtung. Diese besagt, dass ein bundesweiter Hochschulverband die Autonomie der lokalen Hochschulgruppen beschränke und diese dadurch an Attraktivität verlören.

Diese Befürchtung scheint uns unbegründet. Die lokalen Hochschulgruppen sind die elementaren Bestandteile des Hochschulverbandes, sie sind seine Träger. Sie kennen die Sorgen und Nöte der Studierenden am besten; sie sind es, die Mitglieder werben, politisch Interessierte in die konkrete Arbeit vor Ort einbeziehen und unmittelbar auf politische Herausforderungen reagieren. Nur wenn die lokalen Gruppen erfolgreich arbeiten, kann ein Hochschulverband Erfolge verzeichnen. Die Gruppen bei ihrer Arbeit zu unterstützen, Anregungen zu geben, gemeinsame Materialien anzubieten, Weiterbildung zu organisieren und den regelmäßigen Austausch zwischen den Hochschulgruppen zu ermöglichen – das sind zentrale Aufgaben des zukünftigen Hochschulverbands.

Es geht also mitnichten um einen Top-Down-Prozess. Es geht darum, vorhandene Kräfte bundesweit zu bündeln, gemeinsam Kampagnenfähigkeit unter Beweis zu stellen, wo dies sinnvoll erscheint, und uns verstärkt in bundespolitische Debatten innerhalb und außerhalb der eigenen Partei einzubringen. Indem wir uns für ein Delegiertenmodell einsetzen, streben wir die Stärkung der lokalen Hochschulgruppen an.

Hochschulverband und Jugendverband

Schließlich wurde das Argument artikuliert, die Diskussion um künftige Hochschulstrukturen könne nicht abgekoppelt von der Diskussion um den zukünftigen Jugendverband geführt werden.

Dieses deckt sich mit unseren Positionen. Als gegenwärtig Studierende und Menschen, die jahrelang Politik an Hochschulen betrieben haben, haben wir uns zunächst zu dem uns unmittelbar berührenden Thema geäußert. Ob es einen linken Jugendverband geben wird und in welchem Verhältnis er zu einem Hochschulverband stehen wird, war beim Schreiben unseres Textes im Juni 2006 nicht absehbar.

Wir haben in unserem Papier deutlich gemacht, warum wir einen linken Hochschulverband sinnvoll finden. Hinsichtlich des zukünftigen Jugendverbands heißt es wörtlich: „Das zukünftige Verhältnis zwischen Jugend- und Hochschulstrukturen der neuen Partei ist noch offen. Klar scheint, dass es notwendig sein wird, statuarisch die verschiedenen Tätigkeitsfelder und Zielgruppen festzulegen, um schädliche Konkurrenz zwischen beiden Organisationsformen zu verhindern.“ Diese Aussage steht mitnichten im Widerspruch zu einem starken linken Jugendverband, den wir explizit anstreben.

Uns erscheint es durchaus überlegenswert, ob ein neu zu gründender Hochschulverband Teil eines linken Jugendverbandes sein sollte. Innerhalb eines Jugendverbandes müssten dann allerdings eigenständige organisatorische Strukturen und eine klar definierte Arbeitsteilung gewährleistet sein. Denn die politische Arbeit an der Hochschule gestaltet sich anders als die allgemeine Arbeit eines Jugendverbandes: Sie ist örtlich gebunden und besitzt mit Verfasster Studierendenschaft und Hochschulgremien spezifische Felder der politischen Auseinandersetzung. Die Mitglieder unterscheiden sich zudem unter anderem hinsichtlich ihres Alters, ihrer gegenwärtigen Lebenssituation, ihres beruflichen (studentischen) Lebensmittelpunktes, ihrer sozialen und intellektuellen Bedürfnissen. Diese Unterschiedlichkeiten rechtfertigen unserem Erachten nach eine unterschiedliche Ansprache, unterschiedliche politische Debatten und Aktivitäten.

Für die Variante eines eigenständigen Hochschulverbandes neben einem Jugendverband ebenso wie für die Variante eines Hochschulverbandes – bzw. einer eigenständigen organisatorischen Struktur - als Teil eines Jugendverbandes lassen sich Vor- und Nachteile anführen. In jedem Fall ist eine enge Zusammenarbeit und Koordination zwischen Jugend- und Hochschulstrukturen sinnvoll.

Zum Schluss

Es ist uns klar, dass wir vornehmlich über Formen, nur nachgeordnet über Inhalte linker Politik an den Hochschulen schreiben. Dabei wäre es ein Leichtes, eine Reihe von Punkten zu benennen, auf die wir uns im Konsens verständigen könnten: ob allgemeinpolitisches Mandat und Kampf gegen die fortschreitende soziale Selektion der Studierenden, ob Abbau an Mitbestimmungsrechten oder zunehmende materielle

Ungerechtigkeit auf nationaler und globaler Ebene – all das sind Themen, für die wir gemeinsam streiten.

Ihre detaillierte Ausformulierung ebenso wie die Debatten über strittige Themen sollten jedoch unserem Erachten nach in demokratisch legitimierten, transparenten und nachvollziehbaren Strukturen erfolgen. Als einen Beitrag, die Voraussetzung für sie zu schaffen, versteht sich dieser Text.

Für Fragen, Anmerkungen, Ergänzungen und Kritik sind wir dankbar. Gleichfalls stehen wir für Diskussionen jederzeit gerne zu Verfügung.

Mankel Brinkmann, manekelito@t-online.de, 01634813944

Klaus Henning, hennkl@aol.com, 01748529873

Ruben Lehnert, ruben.lehnert@gmx.de, 017629649375

Kolja Möller, walmoe@t-online.de, 01778938282

Fanny Zeise, fannyzeise@gmx.de, 01606691924